

Béatrice Bowald / Sonja Kaufmann

Auch in der Schweiz

konsultieren die Kirchen

Die Ökumenische Konsultation hat in der Schweiz den gesellschaftlichen Dialog belebt. Erste Ergebnisse fordern die Kirchen heraus, sich verstärkt im Diskurs um die Zukunftsfragen zu engagieren: Arbeit, Werte, Zusammenleben.

● Der Konsultationsprozess befindet sich in einer Phase des Übergangs. Die Auswertung der Stellungnahmen ist fast abgeschlossen. Der Auswertungsbericht wird übersetzt und überarbeitet. Die Arbeit am Wort der Kirchen zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz, das im Herbst 2001 publiziert werden soll, hat begonnen. Gleichzeitig läuft die Planung für eine angemessene und einladende Schlussveranstaltung, welche den eigentlichen Konsultationsprozess abschließen und mit der Publikation des Wortes der Kirchen den Weg für weitere Debatten in Kirche und Gesellschaft öffnen wird.

Als Koordinatorinnen bei der Ökumenischen Konsultation sind wir da in unterschiedlichem Maß einbezogen: Béatrice Bowald war mit der Auswertung befasst, Sonja Kaufmann versuchte, den Dialogprozess zu fördern. So ist der vorliegende Bericht gleichsam aus einer Innen- und Außenperspektive geschrieben. Er will Einblick geben in die Entstehungsgeschichte, den Verlauf und einige Ergebnisse der Konsultation.

Ein ökumenisches Projekt

● Wenn wir den Konsultationsprozess an seine Anfänge zurückverfolgen, stellen wir fest, dass in beiden Schweizer Landeskirchen ganz ähnliche Umstände zu seiner Entstehung beigetragen haben. Während katholischerseits die Nationalkommission *Justitia et Pax* die Schweizerische Bischofskonferenz 1994, anlässlich ihres 25-jährigen Jubiläums, zu einer Reflexion über die Zukunft anregte, führte das Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes damals gerade eine Auseinandersetzung über die Grundbedingungen des sozial-ethischen Diskurses. Beide Seiten kamen unabhängig von einander zum Schluss, dass ihr jeweiliges Reflexionsprojekt nur in einem ökumenischen Rahmen gelingen könne.

Im Dezember 1995 wurden die Grundsteine zum jetzigen Projekt gelegt: Nebst seinem ökumenischen Charakter sollte es Teilnehmern und Teilnehmerinnen das Wort erteilen, also zum Sprachrohr möglichst vieler Menschen und so schließlich ein Beitrag zur Erneuerung des gesellschaftlichen Grundkonsenses werden.

Ein grundlegendes Element der Konsultationsvorbereitung war die Delphi-Umfrage¹. Diese Umfrage, an der 130 Persönlichkeiten aus po-

litischen, ökonomischen, universitären und Medienkreisen teilnahmen, förderte diejenigen Themen zutage, die wahrscheinlich in Zukunft besonders gesellschaftsrelevant sein würden und die deshalb im Rahmen der Konsultation zur Diskussion gestellt werden sollten.

Im September 1996 war es dann soweit: Die obersten Gremien der beiden Kirchen gaben grünes Licht. Das Projekt der ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz wurde gutgeheißen.

Mit dem Konsultationsprozess haben die Verantwortungsträger der Schweizer Kirchen einen mutigen Schritt gewagt: Sie wollten nicht mehr nur lehrende Kirche sein, sondern auch hörende Kirche werden. Sie wollten keine fer-

*»keine fertigen Antworten
auf schwierige Fragen,
sondern Dialog«*

tigen Antworten auf schwierige Fragen liefern, sondern vielmehr in einen Dialog über diese treten: Ausgehend von der Beobachtung, dass der bisherige gesellschaftliche Grundkonsens abhanden gekommen sei, wollen die Kirchen zu einem neuen solchen beitragen und zwar im Rahmen einer öffentlichen Wertediskussion.

Im Unterschied zu den amerikanischen Bischöfen und den deutschen Kirchen, welche als Diskussionsbasis ihrer mit der schweizerischen Konsultation vergleichbaren Prozesse² jeweils einen Vorschlag ihres späteren Kirchenwortes veröffentlicht hatten, beabsichtigten die Schweizer Kirchenleitungen die Veröffentlichung einer rund dreißigseitigen Diskussionsgrundlage, die als Instrument dienen sollte, um einen öffentlichen Dialog in Gang zu bringen.

Abgestützt auf die Ergebnisse der Delphi-Umfrage erarbeitete eine sechsköpfige Redaktionsgruppe ein entsprechendes Dokument mit

dem Titel »Welche Zukunft wollen wir?«³. Dieser Text, ein- und ausgeleitet durch drei kurze Lebensgeschichten und unterbrochen von kontextgebundenen Fragen an den Leser bzw. die Leserin, weist eine dreiteilige Struktur nach dem bekannten methodischen Dreischritt Sehen-Urteilen-Handeln auf. Während im ersten Teil eine

*»Welche Zukunft
wollen wir?«*

Analyse unserer sozialen Lebenswelt mit ihren derzeitigen Umbrüchen, Normen und Mythen versucht wird, schlagen die Autoren im zweiten Teil eine christlich-theologische Beurteilung der gegenwärtigen Situation vor und stellen schließlich im dritten Teil die Frage nach den tragenden Werten sowie nach Elementen eines neuen Gesellschaftsvertrages.

Rückblickend lässt sich sagen, dass jeder der drei Teile des Textes »Zündstoff« enthielt und auf je eigene Weise zum breiten Dialog beitrug, der sich im Verlauf der Monate ergeben sollte: Nachdem die Autoren im ersten Teil die Mythen des derzeit dominanten Neoliberalismus zu benennen versucht hatten, bestand da das spannungserzeugende Moment v.a. in der Frage nach dem Verhältnis von Ideologie und Realität. Der zweite Textteil nährte die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Reich Gottes und menschlicher Gesellschaft: Inwiefern dürfen gesellschaftliche Strukturen und Vorgänge einer so genannten »Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung« unterzogen werden? Im dritten Teil schließlich sollte der Begriff des »Gesellschaftsvertrages« Kopfzerbrechen bereiten: Während dieser bei den einen Unsicherheit oder Ratlosigkeit auslöste, rief er in andern, mehr intellektuellen Kreisen aufgrund seiner Interpretation und Verwendung im Konsultationstext z.T. scharfe Kritik hervor.

Prozessverlauf

● Der Konsultationsprozess verlief anfänglich eher ruhig, wurde dann aber bald zu einer Plattform breiter gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Diese geht heute, ein knappes Jahr nach der Einreichung der letzten Stellungnahmen, mancherorts weiter.

Am 18. Januar 1998 wurde die Konsultation in der im Bau befindlichen reformierten Kirche in Kazis/Graubünden eröffnet. Insgesamt wurden bis Ende Oktober 1999, dem Ende der Eingabefrist, 1046 Stellungnahmen gezählt, wobei 400 von ihnen erst in den letzten sechs Wochen eingegangen waren. Drei Fünftel aller Antworten stammten von Gruppen.

Die Dynamik, welche zu diesem für die Schweiz recht beachtlichen Resultat führte, ergab sich aus dem Engagement von Gruppen verschiedenster Struktur und Art und auf der Basis einer bunten Vielfalt von Veranstaltungsformen. Je nach Zusammensetzung und Zweck der Gruppen unterschieden sich ihre Eingaben: Ad hoc gegründete Gesprächskreise in Pfarreien oder sozialen Bewegungen trafen sich ein oder mehrere Male und fassten hernach ihre Diskussionsergebnisse zusammen. Bestehende Organisationen verschiedenster Provenienz wie z.B. Pfarreiräte, Parteien (die CVP Schweiz u.a.) und kulturell-religiöse Vereinigungen (u.a. die Kulturelle Vereinigung der Musliminnen der Schweiz und die

» 1046 Stellungnahmen; drei Fünftel von Gruppen «

Liga der Musliminnen und Muslime der Schweiz) reichten gemeinsam erarbeitete Beiträge ein. Besondere Beachtung fand auch eine Kollektivstellungnahme aus feministischer Sicht, unterschrieben und getragen von mehr als 30 Organisationen. Gewisse Organisationen wie z.B.

die soeben genannten muslimischen und der Schweizerische Katholische Frauenbund führten unter ihren Mitgliedern eigene, ihrem Kontext entsprechende Umfragen zu Konsultationsthemen durch und integrierten deren Ergebnisse in zusammenfassende Stellungnahmen. Schließlich erhielten wir auch zahlreiche inhaltliche Zusammenfassungen von öffentlichen Veranstaltungen.

Von den vielen Anlässen, die im Rahmen der Konsultation stattgefunden haben, uns gemeldet und via Internet einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, seien nur zwei gelungene Beispiele erwähnt: einerseits die Tagung an der Universität St. Gallen im März 1998, an der sich hoch qualifizierte Persönlichkeiten aus Universität, Wirtschaft und Politik zum Thema Arbeitspolitik äusseren, andererseits das »Forum romand« zur ökumenischen Konsultation vom Januar 1999 in Lausanne, an dem unter der Leitung einer Radiojournalistin u.a. eine Nationalrätin, ein Psychotherapeut, ein Professor für Wirtschaft und ein Bischof an einem Podiumsgespräch teilnahmen.

Neben größeren Veranstaltungen in herkömmlicher Form fielen einige Versuche alternativer Veranstaltungen auf, z.B. die so genannten Kammergespräche, an denen VertreterInnen verschiedener Kreise »hinter geschlossenen Türen« ihre Zukunfts-Gedanken austauschten. Schließlich gab es auch einige gezielte Versuche, benachteiligte und marginalisierte Menschen zum Gespräch einzuladen. In einem Fribourger Café z.B. waren Erwerbslose zu so genannten Stammtischgesprächen eingeladen.

Einige Ergebnisse

● Die Zahl der Eingaben an die Konsultation hat unsere Erwartungen klar übertroffen. Vor al-

lem VertreterInnen einer breiten Mittelschicht, darunter viele kirchlich engagierte Gruppen und Einzelpersonen, haben sich angesprochen gefühlt. Eher schwach beteiligt haben sich nichtkirchliche Kreise, u.a. politische, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Gruppierungen. Kinder, Jugendliche, AusländerInnen, Arme und weitere randständige Menschen kamen spärlich zu Wort.

Dass diese letztgenannten Kreise der Konsultation mehr oder weniger fern blieben, mag mehrere Gründe haben: Zum einen hat wohl die kritisch-misstrauische Distanz zu kirchlichen In-

*»wenig Wiederhall
bei Verantwortungsträgern
in Politik und Wirtschaft«*

stitutionen oder auch eine gewisse Gleichgültigkeit diesen gegenüber manche Menschen von einer Teilnahme abgehalten. Zum andern könnte die schwache Beteiligung politischer und wirtschaftlicher Kreise auch etwas mit den Verantwortlichen der Konsultation selber zu tun haben, insofern als diese, nämlich die Kirchenleitungen, es kaum gewohnt sind, eine gesellschaftspolitische Debatte zu führen: Entsprechend wenig Wiederhall löste denn auch ihre in diesem Sinn neuartige Initiative aus. Die verhältnismäßig wenigen Wortmeldungen von Verantwortungsträgern in Politik und Wirtschaft mögen außerdem auch mit dem soziologisch bedenkenswerten Umstand zu tun haben, dass entsprechende Personen eher selten an der so genannten Kirchenbasis anzutreffen sind oder, anders gesagt, dass jene Menschen an der Basis, welche die Konsultation mit ihrem Engagement hauptsächlich geprägt haben, in den Rängen der Verantwortungsträger unserer Gesellschaft kaum vertreten sind. Diese verschiedenen Umstände deuten alle darauf hin, dass die Kirchen in der heutigen Ge-

sellschaft nicht mehr jene traditionelle Autorität und Macht innehaben, die sie vor wenigen Jahrzehnten noch besaßen und dass ihre gesellschaftliche Bedeutung und Rolle mehr denn je zur Debatte steht.

Ein weiterer Faktor hat die Teilnahme mancher Menschen an der Konsultation erschwert oder verunmöglicht: die dreißigseitige Diskussionsgrundlage! Nicht nur ihre schriftliche Form, sondern auch der anspruchsvolle Text stellte vorab an Kinder und Jugendliche, aber auch an zahlreiche Erwachsene unüberwindbare Anforderungen!

Hinsichtlich der praktisch fehlenden Konsultationsteilnahme von armutsbetroffenen oder sonst randständigen Menschen ist zu bedenken, dass solche Menschen oft zu sehr mit der Bewältigung ihres eigenen Alltags beschäftigt sind, als dass ihnen noch Kraft für zusätzliche Engagements, z.B. für die Verfassung eines Konsultationsbeitrags, bliebe. Uns auf der Koordinationsstelle war die Schwierigkeit, sozial benachteiligte Menschen in die Debatte zu integrieren, von Anfang an bewusst. Wiederholt versuchten wir deshalb, gezielt auf entsprechende Gruppen zuzugehen; so gelang es unter anderem, Stellungnahmen von Gefängnisinsassen und von VertreterInnen von Migrantinnenorganisationen und Armen (ATD Vierte Welt) einzuholen.

*»Schwierigkeit, sozial benachteiligte
Menschen in die Debatte
zu integrieren«*

Ein erklärtes Ziel der Konsultationsverantwortlichen war es gewesen, möglichst breite Schichten der Bevölkerung unseres Landes in den Dialog einzubeziehen. Angesichts dessen, dass wir manche Kreise und Milieus dennoch kaum integrieren konnten, ist uns bewusst, dass wir diese Zielsetzung nicht vollständig erreicht

haben. Die Erforschung der Gründe wird uns weiterhin beschäftigen, auch im Interesse einer kirchlich und gesellschaftlich möglichst nachhaltigen Nacharbeit zur Konsultation.

Einige Kristallisationspunkte

- Bevor auf einige inhaltliche Ergebnisse eingegangen wird, sei noch auf das methodische Vorgehen verwiesen. Eine Lesegruppe hat die Stellungnahmen in Sinnabschnitte unterteilt und diesen Schlagworte aus einer feststehenden Liste zugewiesen. Eine Auswertungsgruppe bearbeitete anschließend in einem ersten Schritt die Stellungnahmen als ganze nach einem vorgegebenen Raster. In einem zweiten Schritt wurde bei den von der Lesegruppe ermittelten Textauschnitten eine vergleichende Analyse der Themen vorgenommen, die den Bereichen Gesellschaft, Staat, Wirtschaft, Kirche und Konsultation zugeordnet wurden.

Wirtschaft und Arbeitswelt

- Zahlreiche Einsender und Einsenderinnen gehen auf die wirtschaftliche Entwicklung ein, die betroffen macht und zu Besorgnis Anlass gibt. Sie spiegeln damit ein verbreitetes schlechtes Image der Wirtschaft. Häufig werden die Globalisierung und die Fusionen von Firmen genannt, welche zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen. Interessanterweise wird die wirtschaftliche Entwicklung viel positiver eingeschätzt, wo eher analytisch-wissenschaftlich darüber nachgedacht wird. Allgemein macht sich ein Unbehagen breit, weil der Eindruck besteht, die Wirtschaft gewinne immer mehr Einfluss auch auf die übrigen Lebensbereiche, insbesondere auf die Familie, die Politik und den Staat. Die Ökono-

min Mascha Madörin drückte dies einmal so aus: »Wir müssen uns auch Gedanken machen, welche Gefühlswelten, Träume und Beziehungsverhältnisse eine Wirtschaft produziert, die auf Konkurrenz, Wettbewerb und rücksichtslosen Machtkämpfen beruht.«

Viele Einsender und Einsenderinnen zeigen sich beunruhigt über die Entwicklungen im Bereich der Arbeit, welche zu einem großen Druck geführt haben. Dieser Druck wird beispielsweise durch eine verstärkte Konkurrenz, auch unter den Arbeitnehmenden selber, oder durch gestiegene Anforderungen an die Arbeit verursacht, man denke etwa an die so genannte Computerisierung. Kehrseite davon ist die Gefahr der Ausgrenzung aus dem Erwerbsarbeitsprozess. Der Ausschließungsprozess trifft vor allem jene, welche mit den gestiegenen Anforderungen nicht mithalten können. »Es gibt eine verstärkte Nachfrage nach beruflicher Erfahrung, welche jene marginalisiert, die es nicht schaffen, der Geschwindigkeit der Entwicklung, der Veränderungen zu folgen.« Den auf dem Arbeitsmarkt lastenden Druck bekommen auch die Jugendlichen zu spüren, für die es schwieriger geworden ist, überhaupt in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Eine Tatsache, welche Erwachsene nicht gleichgültig ließ, stellt doch die Jugend unsere Zukunft dar. »Wir erkannten in unserem Rat als die wichtigsten Probleme: (...) die düsteren Zukunftsaussichten vieler Jugendlicher.«

Werte sind gefragt

- Verschiedentlich kommt man immer wieder auf Werte zurück. Diese stellen letztlich die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt dar, der vielen ein Anliegen ist. Insbesondere wird auf Solidarität, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung verwiesen. Dabei ist mehr eine indivi-

duell gelebte Werthaltung im Blick. Zu diesem Befund passt auch die Wertschätzung des Prinzips der Subsidiarität, das in der Diskussionsgrundlage vermisst wird. Obwohl der Individualismus in den Stellungnahmen öfters beklagt wird, kommt man letztlich aufs Individuum zurück. Allerdings sollte dieses in Einstellung und Verhalten eine Bindung an (geteilte) Werte zum Ausdruck bringen. Insofern kann dem Individualismus gerade so Einhalt geboten und die soziale Bindung hergestellt und aufrechterhalten werden.

Aus diesem Grund ist es nicht weiter erstaunlich, dass die Familie in den Eingaben eine äußerst hohe Wertschätzung genießt. Sie ist der Ort, wo Werthaltungen eingeübt werden, und gilt nach wie vor als Grundzelle des Staates und der Gesellschaft. »Es ist der zentrale Kern, von dem aus ein soziales Leben aufgebaut wird.«

**»Familie ist der Ort,
wo Werthaltungen eingeübt werden.«**

Doch hat die Familie aus verschiedenen Gründen stark an Einfluss verloren, was das Gefühl, der soziale Zusammenhalt sei am Schwinden, zusätzlich verstärken dürfte. Als Gegenmaßnahme wurde in den Stellungnahmen in erster Linie eine Aufwertung der Familie und ihrer Rolle in der Gesellschaft eingefordert. Es besteht ebenfalls die Einsicht, dass die Familie Unterstützung braucht, weshalb eine ernsthaftere Familienpolitik nötig ist. »Familien sollen vom Staat her mehr geschützt, gefördert, unterstützt und betreut werden.« Allerdings gehen die Meinungen bezüglich Ausgestaltung der materiellen Unterstützung auseinander, was auch die gegenwärtigen familienpolitischen Debatten widerspiegeln. Breite Zustimmung findet aber die Ansicht, die normalen Bedürfnisse einer Familie müssten durch einen einzigen Lohn abgedeckt sein.

Anerkennung und Gleichstellung

● Einmal mehr mussten Frauen selber auf die Leistungen von Frauen, deren spezifische Situationen und die daraus sich ergebenden und schon lange im Raum stehenden Forderungen aufmerksam machen. Konkret wurde an der Diskussionsgrundlage kritisiert, dass sie nur die Erwerbsarbeit im Blick habe und die dafür notwendige »Basisarbeit« ausblende, welche größtenteils von Frauen geleistet wurde und immer noch wird. »Es müsste stattdessen nach der großen Umverteilung gefragt werden: Wie kann unbezahlte und bezahlte Arbeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt werden?« In dieser Hinsicht werden auch die Kirchen zur Rechenschaft gezogen. Als Arbeitgeberinnen sollten sie für geschlechtergerechte Arbeitsbedingungen und eine angemessene Anerkennung der Freiwilligenarbeit sorgen. Konkret heißt es etwa, »dass die Kirche eine Vorbildfunktion hat. So sollte sie in Bereichen, in denen sie als Arbeitgeber auftritt, weg- und zukunftsweisende Modelle einführen.« Oder in den Worten einer anderen Stellungnahme einer Frauenorganisation: »Die Kirchen als Arbeitgeber sorgen auf allen Ebenen für familiengerechte Arbeitsbedingungen für ihre eigenen MitarbeiterInnen, Männer und Frauen, d.h. grundsätzliche Aufteilung von Vollämtern

**»gerechte Verteilung
von Erwerbs- und
Nichterwerbsarbeit«**

auf mind. 2 Personen, Übergang zu Teilzeitarbeit als Voraussetzung für die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit, lineare Arbeitszeitreduktion statt Entlassungen bei Abnahme von (Pfarr-)Stellen, Quotenregelungen auf allen Ebenen (auch in Kaderstellungen), Anrechnung von Familienphasen als Dienstjahre für

weibliche Mitarbeiterinnen (Sozialarbeiterinnen, Katechetinnen, Pfarrerinnen u.a.), Ausweis der in ›Freiwilligenarbeit‹ erworbenen Qualifikationen, Rentenwirksamkeit von unbezahlter ›Freiwilligenarbeit‹.»

Ausblick

● Woran könnten nun die Kirchen anknüpfen, um Anliegen und Einsichten aus dem Konsultationsprozess fruchtbar zu machen? Es zeigte sich, dass der Bereich der Arbeit eine enorme Bedeutung hat. Soll Arbeit in einem umfassenden Sinn verstanden werden, muss dies in der Praxis der Kirchen sichtbar werden. Konkret könnte ein erster Schritt darin bestehen, den Umgang mit der Freiwilligenarbeit zu überprüfen und dabei Forderungen von Frauen ernst zu nehmen, wie sie beispielsweise in einer Studie (mit dem Titel »Vergeld's Gott«) zur Freiwilligenarbeit in der reformierten und katholischen Kirche im Kanton Aargau gestellt wurden.⁴ Dass man langsam dafür sensibilisiert ist, zeigte sich an der diesjährigen Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, wo die Mitgliedkirchen aufgerufen wurden, nach

Formen der sozialen Anerkennung der Freiwilligenarbeit zu suchen.

Verschiedentlich wurde es geschätzt, dass die Kirchen die Möglichkeit geboten haben, sich überhaupt zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen äussern zu können. Und bei den Anliegen an die Kirchen wurde oft vorgebracht, sie sollten Diskussionsforen zur Verfügung stellen und so den gesellschaftlichen Diskurs über soziale und wirtschaftliche Fragen unterstützen oder bei Bedarf überhaupt initiieren. Aufgrund der Beteiligung an der Konsultation wissen wir, dass da noch manche gesellschaftlichen Gruppen abseits standen. Insofern sind die Kirchen herausgefordert, in diesem Bereich nach neuen Wegen zu suchen, die Leute anzusprechen und mit ihnen über die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft nachzudenken. Es versteht sich von selbst, dass es dabei auch um die Frage nach den Werten geht, welche als ureigene Aufgabe der Kirchen angesehen wurde. Zu hoffen ist, dass das auf Herbst 2001 angekündigte Wort der Kirchen zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz und die damit verbundene Schlussveranstaltung ein echter Beitrag zu einem weitergehenden gesellschaftlichen Dialog zu werden vermögen.

¹ Soziologische Methode, welche in der prospektiven Forschung verwendet wird.

² 1986 hatten die amerikanischen Bischöfe unter der Leitung von Mgr. Weakland einen vielbeachteten Hirtenbrief unter dem Titel »Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle« veröffentlicht. 1997 veröffentlichten die deutschen

Kirchen ihr gemeinsames Wort unter dem Titel »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« als Abschluss eines Konsultationsprozesses, der uns in der Schweiz in mehrfacher Hinsicht als wertvoller Erfahrungshintergrund diente.

³ Die Diskussionsgrundlage erschien ebenfalls in den beiden andern Landes-

sprachen französisch und italienisch. Außerdem war eine Kurzfassung des Textes in den drei Landessprachen sowie in mehreren weiteren Sprachen erhältlich.

⁴ Projektgruppe »Vergeld's Gott« und HFS Zentralschweiz, Schlussbericht. Projekt »Vergeld's Gott«. Freiwilligenarbeit in den Aargauer Kirchen, Aarau 1999. (Dieser Bericht ist er-

hältlich bei der Fachstelle für Frauenfragen der Ev.-ref. Landeskirche Aargau, Augustin Keller-Strasse 1, CH-5001 Aarau oder bei der Katholischen Frauenstelle Aargau, Klosterstrasse 12, CH-5430 Wettingen.)